

Geht per Mail an: katharina.schubarth@bsv.admin.ch

24.9.2019

Vernehmlassung: Bundesgesetz über Überbrückungsleistung für ältere Arbeitslose

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Vernehmlassung.

Grundsätzlich wird begrüsst, dass sich der Bundesrat mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf einem Ziel der BDP anschliesst: Einer Besserstellung älterer Arbeitsloser. Die Mittel zur Erreichung dieses Ziels unterscheiden sich allerdings stark: Während die Motion der BDP die Ursachen des Problems bekämpfen will, belässt es der Bundesrat bei einer Bekämpfung der Symptome.

In der Analyse der Problematik und in der Zielvorstellung stimmen die Positionen von Bundesrat und BDP überein: Ältere Arbeitslose haben es schwerer als Junge, eine neue Arbeitsstelle zu finden. Gelingt ihnen dies nicht, werden sie häufig ausgesteuert und müssen Sozialhilfe beziehen. Dieser Umstand ist stossend und muss verbessert werden.

In den Mitteln unterscheiden sich die BDP und der Bundesrat allerdings voneinander: Während der Bundesrat reine Symptombekämpfung betreibt, versucht die eingereichte Motion der BDP das Problem an der Wurzel zu packen und die Ursachen zu bekämpfen.

Grundsätzlich stellt sich nämlich die Frage, ob man das Problem einfach mit Geld, der vorgeschlagenen Überbrückungsleistung, oder mit einem ganzheitlichen, würdigen Ansatz lösen will wie es die Motion vorschlägt:

Konkret schlägt nämlich die Motion vor, dass ältere Arbeitslose nicht ausgesteuert werden und im RAV-System verbleiben. Die Vorteile einer solchen Lösung liegen auf der Hand: Den Betroffenen wird eine Perspektive geboten, denn die Chancen einer Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess sind höher als nach einer Aussteuerung. Zudem ist es ein würdigerer Umgang mit Menschen, die ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben.

Indem man also Menschen ab 55 Jahren, welche während mindestens 10 Jahren dauerhaft ein AHV-pflichtiges Einkommen erzielt haben, nicht mehr aussteuert, erhöht man deren Chancen auf Wiedereingliederung, schützt sie vor den Folgen einer Aussteuerung und zollt ihnen Respekt. Es ist ein ganzheitlicher Ansatz, der sowohl die finanziellen wie auch sozialen Aspekte der Problematik miteinbezieht.

Abschliessend zu erwähnen ist, dass der Vorstoss der BDP aus der Praxis stammt und deshalb auch von der SODK favorisiert wird. Der hier skizzierte Vorschlag des Bundesrates könnte einzig als Ergänzung akzeptiert werden.

Wir danken für die Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen



Martin Landolt
Parteipräsident BDP Schweiz



Rosmarie Quadranti
Fraktionspräsidentin BDP Schweiz